



LANDESBEZIRKSVORSTAND

Neues Laufbahnverlaufmodell? Es kreiste der Berg und gebar eine Maus!

Lange wurde davon erzählt, ja man versprach unlängst ein „schon unterschriftsreif in der Schublade liegendes“ Laufbahnverlaufmodell für die Beamtinnen und Beamten der Hamburger Polizei. Die GdP hat sich frühzeitig für deutliche Verbesserungen der Beförderungssituation im Bereich A 9/A 10 ff. ausgesprochen und von Anfang an deutlich gemacht, dass nur die Ausnutzung und Ausweitung der Stellenplanobergrenzen sowie die konsequente Einführung der zweigeteilten Laufbahn zu spürbaren Verbesserungen führen würde. Innensenator Nagel mit Unterstützung von PL Jantosch und LPVL Koppehel ließen nun endlich im Rahmen der Innenausschusssitzung am 12. September die Katze aus dem Sack – und hätten sie besser gleich drinnen gelassen!

LPVL, der durch seine Vorschläge und sein Handeln insbesondere die Verantwortung der Personalpolitik in der Hamburger Polizei in den letzten Jahren trägt, trug die Eckpunkte des „revolutionären“ Laufbahnverlaufmodells (LVM) vor – eine einzige Enttäuschung, ein Schlag ins Gesicht einer jeden Kollegin, eines jeden Kollegen! Von Lösungswegen, die die unverantwortlich langen Wartezeiten und den Beförderungsstau kurz- und mittelfristig auflösen würden, war nichts, aber auch gar nichts zu erkennen. Im Gegenteil: Der jetzige unhaltbare Zustand soll – teilweise noch verschlechtert, endgültig zementiert werden. Das heißt dann in Behördendeutsch: „verlässliche Beförderungssituation“!

Die Rahmenbedingungen:

Erstmals geben Senator und Polizeiführung zu, dass es „rasant verschlechterte Karriereperspektiven“ insbesondere für den Bereich A 9/A 10 gibt, ein Anstieg von derzeit fünf Jahren Wartezeit von A 9 nach A 10 (sind es nicht schon längst viel mehr???) auf sieben Jahre in 2009, elf Jahre in 2012 bis schließlich 2016 über zwölf Jahre (!!!) in der Sparte SCH! Ein unglaublicher Zustand. Bei -K- ähnliche Entwicklungen von drei auf elf Jahre Wartezeit. Nur für den Bereich WS würde sich das Blatt ab 2012 aufgrund demografischer Entwicklungen von jetzt vier Jahre über sieben zurück auf ein Jahr wenden.

Dazu die leidige Tatsache, dass die lt. BBesG zulässigen Stellenplanobergrenzen in Hamburg bei

der Polizei bei Weitem nicht ausgenutzt werden. Warum? Kostengründe, eine Anpassung würde 19 Mill. Euro jährlich kosten. Die bittere Feststellung der Behördenleitung: Überleitungen haben in der Vergangenheit die Situation noch verschlechtert!

Die „Lösung“:

Ein „radikal anderer Ansatz“ soll her, durch Abkoppelung der Beförderungen von der Alters- und Stellenstruktur will man zur „dauerhaften Stabilisierung“ kommen! Aha! Stabilisierung?! D. h.?:

„Beförderung nach definierten und akzeptablen Verweilzeiten i. V. m. Leistungskomponenten“ (was auch immer das heißt) sowie Besoldungsgerechtigkeit für identische Aufgaben – „glei-

che Arbeit, gleicher Lohn“ – Entwicklung eines integrierten LVM A 7 bis A 11:

Beispiel: Bisher startet ein 23-jähriger Beamter in A 7 (das LVM für A 7 bis A 9 gibt es ja bereits). Nach fünf Jahren (WS: drei) wird er A 8, weitere neun Jahre später A 9 (WS: fünf), ist dann 37 Jahre.

JETZT NEU: Dann weiter nach elf Jahren (WS: zehn) Beförderung zu A 10, weitere acht Jahre später zu A 11. Er ist dann 56 Jahre alt und hat nach heutigem Stand weitere vier Jahre bis zum Ruhestand. – Alles das im LAI. Hier also ein Vorteil gegenüber jetzt, man steigt im mittleren Dienst garantiert bis A 11 auf ...

Für LAII soll gelten: Start in A 9 mit 23 Jahren, nach sieben Jahren Beförderung zu A 10 (die zwei Jahre Probezeit sind enthalten), nach weiteren acht Jahren

A 11. Die weitere Entwicklung ginge dann wie gehabt nach Eignung, Bewerbung und Auswahl.

Die Verantwortlichen reden sich die „Vorteile“ schön: eine dauerhafte verlässliche Lösung, Steigerung der Attraktivität des Vollzugs-Dienstes in Hinblick auf Nachwuchs, Strukturverbesserung durch Hebungsprogramme für prüfungsfreie Aufstiege sind entbehrlich, Nachfrage an Aufstiegsausbildung verringert sich, finanziell ausgewogen bei hohem Wirkungsgrad (!) – und dennoch Mehrkosten von jährlich rd. 3,9 Mill. Euro bis 2028.

Und da das System erst in 2010 starten kann, schlägt man für 2007 immerhin noch 50 Hebungen A 9 bis A 10 für 2007 vor! Donnerwetter! Ein richtiger Schluck aus der Pulle!

Weiteres steht noch aus ...

Wir wollen nicht falsch verstanden werden: jedes Mehr an Beförderung oder Verkürzung der Zeiten ist zu begrüßen. Doch wer geglaubt hat, dass hier wirklich jemand „kostenneutral“ eine Lösung aus dem Hut zaubert, die die Probleme wirklich löst, sieht sich jetzt endgültig enttäuscht! Der Senator will das Problem „langfristig lösen“, tatsächlich wird der unverantwortlich gewordene Zustand auf schlechtem Niveau festgeschrieben. Und nicht zu vergessen ist, dass dies erst ein Vorschlag war, für dessen Mehrkosten ja erst noch eine politische Zustimmung gefunden werden muss!

Fortsetzung auf Seite 2

| | |
|--|---------|
| • Neues Laufbahnverlaufmodell | Seite 1 |
| • Kampf den Gewerkschaften? | Seite 2 |
| • Das neue Elterngeld und seine Folgen | Seite 3 |
| • Veranstaltung Projekt 151 | Seite 5 |
| • WSPR 4 im neuen Dienstgebäude? | Seite 6 |
| • Wer fährt wo? | Seite 6 |
| • Infos für Senioren | Seite 7 |
| • Mitgliederversammlung | Seite 7 |
| • Nikolaus-Preisskat | Seite 7 |

REDAKTIONSSCHLUSS

für die November-Ausgabe ist der **7. Oktober 2006**.

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Hamburg
Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96 -0
Telefax (0 40) 28 08 96 -18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de
Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr
Redaktion:
Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclassen@web.de
Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 90
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005
Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34
Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6438

KOMMENTAR

Kampf den Gewerkschaften?

Wie weit soll das merkwürdige Verhalten der Polizeiführung eigentlich noch gehen? Seitens der Polizeiführung ist seit geraumer Zeit ein deutlich verändertes Verhalten gegenüber den Interessenvertretungen, insbesondere der GdP, zu verzeichnen.

Demonstrationen dürfen unter fadenscheinigen Gründen nicht vor Polizeigebäuden halt machen; statt Gespräche zu führen, wurden Anzeigen gegen Versammlungsleiter gefertigt. Gewerkschaftliches Engagement hat plötzlich persönliche negative Auswirkungen auf dienstliche Tätigkeiten (was so ganz nebenbei erwähnt, gem. Hamburger Beamtengesetz, rechtswidrig ist), die GdP darf Informationsveranstaltungen (so zum „Projekt 151“) entgegen jahrzehntelanger Gewohnheit nicht mehr in Diensträumen durchführen, weil angeblich „der Betriebsfrieden gestört“ sei... Es wird mit allen Mitteln versucht, legitime Information, über E-Mails an die Mitglieder verteilt, zu unterbinden; ja selbst unverfängliche Malbücher der Interessenvertretungen dürfen nicht mehr an den Polizeidienststellen ausgelegt werden. Angeblich, weil das darin enthaltene „Werbematerial“ den Kindern schade – gleichzeitig hat die Polizeiführung aber kein Problem

damit, das Hunderte oder gar Tausende dieser Hefte einer großen Wasserversorgungsfirma auf dem HIT-Tag verteilt werden – wer hat hier eigentlich das Augenmaß verloren?

Die GdP ist von Anfang an gegen dieses Vorgehen deutlich angegangen und hat auch versucht, die anderen Interessenvertretungen mit ins Boot zu holen. Schließlich geht es hier doch eindeutig um den Versuch, die Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu behindern oder einzuschränken. Leider – warum auch immer – hielt man es dort für angebrachter, still zu halten...

Es mag für jeden einzelnen Fall Erklärungen geben, Begründungen, die das Verhalten der Polizeiführung auf erste Sicht rechtfertigen mögen. Mit etwas Abstand gesehen sieht es aber eher danach aus, dass hier die Rechte der Gewerkschaften und Interessenvertretungen noch weiter beschnitten werden sollen, um so bequem wie möglich die politischen Vorgaben umsetzen zu können. Das

Beschneiden der Personalvertretungsrechte war anscheinend noch nicht genug! Dabei ist dieses Vorgehen dumpf und zu kurz gedacht. Denn seit Jahrzehnten hat die GdP bewiesen, dass sie konstruktiv, wenn auch kritisch und manchmal unbequem, alle wichtigen Felder polizeilicher Handlungsfelder professionell und im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen mitgestaltet hat. Und in der Zeit, in der weniger darauf Wert gelegt wurde, hat sich unsere Kritik überall bewahrt und letztlich war die GdP doch wieder im Boot – weil sich an der Sache orientiertes Arbeiten am Ende eben doch durchsetzt...

Wir können nur hoffen, dass sich die Polizeiführung ihrer demokratischen Verpflichtung besinnt, im Interesse ihrer Beschäftigten deren Anliegen – vertreten durch die GdP – ernst zu nehmen und zu gestalten. Es kann doch nicht ungehört verschallt sein, wenn sogar die Bundeskanzlerin Merkel und der erste Bürgermeister Hamburgs, von Beust, die Wichtigkeit und Notwendigkeit von Gewerkschaften und deren Mitarbeit ausdrücklich betonen!? Wohin soll das sonst noch alles führen? Wir sind gespannt...

Der Landesbezirksvorstand

Fortsetzung von Seite 1

Neues LVM...

Die als „Modellvarianten“ vorgestellten Alternativen zeigen auf, wie es gehen kann – leider nicht umsonst: Das Wiederaufgreifen bisheriger Hebungs- und Überleitungsprogramme erzeugt Kosten von ca. 22,5 Mill. Euro jährlich, die Einführung der Zweigeteilten Laufbahn mit Anpassung

an die Stellenplanobergrenzen 56 Mill. Euro jährlich. Das ist nicht wenig – aber einzig und allein der richtige Weg, um die erwiesenermaßen schwere Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen angemessen zu alimentieren. Der jetzt vorgelegte Vorschlag der Behördenleitung ist nichts

weiter als eine bittere Enttäuschung für viele engagierte Polizistinnen und Polizisten in unserer Stadt.

**André Bunkowsky
Landesvorsitzender
GdP Hamburg**

Das neue Elterngeld und seine Folgen

Das neue Elterngeld kommt; das Parlament wird die Neuregelungen nach der Sommerpause verabschieden. Dabei geht es nicht nur um die Geldbörse der Eltern. Das neue Recht hat auch Auswirkungen auf die neue Praxis.

Nur wer sich frühzeitig vorbereitet, wird in der betrieblichen Praxis den Übergang vom alten zum neuen Recht reibungslos meistern. Neue Fristen und „Partnermonate“ sind die Stichworte, die es notwendig machen, das neue Elterngeld vor dem Hintergrund möglicher Folgen für das Beschäftigungsverhältnis zu betrachten. Betroffen sind im Betrieb alle anspruchsberechtigten Eltern, deren Kinder nach dem 31. Dezember 2006 geboren werden.

Personalplanung neu überdenken:

Treten die Prognosen des Familienministeriums ein, erreicht das Thema Elterngeld/-zeit eine neue Qualität in der Personalplanung. So wird prognostiziert, dass die so genannten „Partnermonate“ dazu führen werden, dass anstelle von bisher lediglich 5% der Väter, zukünftig 25% Elterngeld/-zeit in Anspruch nehmen. Mehr als die Hälfte aller Männer mit Kinderwunsch geben an, dass das Elterngeld ein Anreiz für sie wäre, zur Kinderbetreuung für ein Jahr oder einige Monate aus dem Beruf auszuscheiden.

Als „Partnermonat“ gilt die Verlängerung der Bezugsdauer um maximal zwei Monate, sofern auch der Partner (im ersten Lebensjahr des Kindes) für mindestens zwei Monate zu Hause bleibt bzw. beruflich kürzer tritt und eine Erwerbsminderung eintritt.

Aber nicht nur der Effekt der Anspruchsverlängerung von zwölf auf 14 Monate durch die „Partnermonate“ wird für eine Ausweitung der Inanspruchnahme sorgen. Weiteres Ziel der Politik ist es, mit der Einkommensbezogenheit (der jeweilige Elternteil erhält grundsätzlich 67% seines in den letzten zwölf Monaten vor der Geburt des Kindes durchschnittlich erzielten Nettoeinkommens aus Erwerbstätigkeit,



vom Staat maximal jedoch 1800 Euro monatlich) Menschen mit anderen Berufsbiografien anzusprechen (z. B. Akademiker).

Erweiterte Auskunft- und Nachweispflichten

Auch in Zukunft soll der Arbeitgeber das Arbeitsentgelt bescheinigen, bei dem das Beschäftigungsverhältnis des Arbeitnehmers durch die Elternzeit ruht. War für den Bezug des Erziehungsgeldes bislang nur das Bruttoentgelt entscheidend (vgl. § 12 BEErzGG), müssen zukünftig das Arbeitsentgelt, die abgezogene Lohnsteuer und der Arbeitnehmeranteil an den Sozialversicherungsbeiträgen nachgewiesen werden (§ 9 BEEG;

BEEG = Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit).

Wichtig: Wird die Bescheinigung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig ausgestellt, handelt der Arbeitgeber ordnungswidrig und muss mit einer Geldbuße bis zu 2000 Euro rechnen (§ 14 BEEG).

Anmeldefristen werden vereinheitlicht

Möchte ein Mitarbeiter Elternzeit anmelden, muss er dies früh-

len Kalendermonat, ist eine Unterbrechungsmeldung auf elektronischem Wege per Datenübertragung anzugeben. In der Praxis wird eine Unterbrechungsmeldung in der Regel jedoch bereits durch den Bezug von Mutterchaftsgeld notwendig.

Teilzeitjob während der Elternzeit: Ungeachtet der Auswirkungen von Teilzeitbeschäftigungen auf die Gewährung von Elternzeit und -geld, richtet sich die versicherungsrechtliche Beurteilung nach den allgemeinen Vorschriften. So werden Teilzeitbeschäftigungen während der Elternzeit immer berufsmäßig ausgeübt. Versicherungsfreiheit aufgrund einer kurzfristigen Beschäftigung scheidet somit von vornherein aus. Weiterhin gilt: durch eine Teilzeitbeschäftigung von mehr als 30 Std. in der Woche entfällt der Anspruch auf Elterngeld.

Keine Beiträge aus Zuschüssen: Auch im Hinblick auf die sonstigen nicht beitragspflichtigen Einnahmen wird das BEEG keine inhaltlichen Veränderungen mit sich bringen. Zahlt der Arbeitgeber Zuschüsse zum Elterngeld, werden daraus grundsätzlich keine Beiträge berechnet.

Sylvia Silvester
Fachgruppe Verwaltung

zeitig beim Arbeitgeber bekannt geben (sechs bzw. acht Wochen vor Beginn der Elternzeit). Diese Fristen gelten auch für die Ankündigung, während der Elternzeit einem Teilzeitjob nachgehen zu wollen. Künftig soll es nur noch eine einheitliche Frist von sieben Wochen geben.

Sozialversicherungsrechtliche Aspekte

Unterbrechungsmeldung abgeben: Ein Beschäftigungsverhältnis gilt auch zukünftig als fortbestehend, wenn es aufgrund des Bezugs von Elterngeld bzw. der Inanspruchnahme von Elternzeit ohne Entgeltzahlung unterbrochen wird. Umfasst diese Unterbrechung mindestens einen vol-



Polizeisozialwerk
Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei

Weihnachtsmärchen der Gewerkschaft der Polizei

Der Teufel mit den drei goldenen Haaren

*Am Freitag, den 01.12.2006, um 16.00 Uhr
(Einlass um 15.30 Uhr) im Ernst-Deutsch-Theater
an der U-Bahnstation Mundsburg.*

*Telefonische Reservierung ist ab sofort möglich
Tel.: 040 - 28 08 96 - 15.*

*Die Karten liegen ab dem 23.10.2006 zur Abholung
bei uns im PSW bereit.*



*Die Karten inkl. HVV-Ticket,
Garderobe u. Kindertüte
kosten pro Person
8,- € und 4,- €** .*

*** die letzten Reihen im Rang*

**Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass reservierte
Karten, die bis zum 17.11.2006 nicht bei uns abgeholt werden,
wieder in den freien Verkauf gehen!!!**

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH, Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg, Tel.: 040 - 28 08 96-15 Fax: - 27

Veranstaltung: Projekt 151 und die Folgen...

Bereits seit längerer Zeit wird in unterschiedlichen Bereichen der Polizei über die Auswirkungen diskutiert, die mit dem Einsparen von 151 Stellen in der Polizei verbunden sind. Massive Kritik wird geäußert, an vielen Ecken und Kanten bilden sich neue Probleme. Dabei bleibt die Frage, ob dies überhaupt in dieser Form hätte angegangen werden müssen . . .

Die finanziellen Auswirkungen der aus Sicht der Polizeiführung notwendigen Zusammenlegungen von acht PK zu vier Standorten und der Zusammenlegung zweier Verkehrsstaffeln sind noch überhaupt nicht abzusehen. Unterschiedliche Varianten werden geprüft, verworfen, neu überarbeitet. Das dabei über einen zweistelligen Millionenbetrag nachgedacht werden muss, ist

niemandem verborgen geblieben. Und ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung gibt keinen Aufschluss darüber, woher dieses Geld eigentlich kommen soll. Weit aus schwieriger und dramatischer ist aber die Situation der Menschen, deren berufliche und persönliche Situation mit diesem „Projekt“ verbunden ist.

Lange Zeit wurden die Betroffenen im DGL-Bereich, im Be-

reich der WH, im Ermittlungs- und Intendantenbereich, den örtlichen Straßenverkehrsbehörden aber auch die PK-Führungen im Unklaren darüber gelassen, wohin der Weg führen würde.

Die unter erheblichen Mühen durch die verantwortlichen Stellen in der ZD organisierten personellen Entwicklungen haben Fakten geschaffen, denen die Zeitschiene jedoch deutlich hinterher hinkt. Eine der Folgen: große Betroffenheit bei den Kolleginnen und Kollegen, der wir uns als GdP bereits frühzeitig angenommen haben. Exemplarisch dabei ist der Aktionismus der Polizeiführung genannt, eine Informationsveranstaltung der GdP in den Räumen des PK 45 im Frühjahr zu untersagen. Über

das Ziel dieser Maßnahme mag nur spekuliert werden. Aufgrund der aktuellen Ereignisse werden wir über die Auswirkungen der Stelleneinsparungen und die Folgen der Zusammenlegungen informieren.

**Veranstaltung der GdP:
„Projekt 151, nur Probleme?“**

DGB – Besenbinderhof,
12. 10. 06, 17.00 Uhr.
Anmeldung bitte über
die GdP-Geschäftsstelle,
Tel. 0 40/28 08 96-17.

**Jörn Clasen
Fachgruppenvorstand Sch**

Anzeige

„Was hat man eigentlich von einem Unternehmen, das einem die ausstehenden Forderungen abnimmt?“

„Einen Ruhepuls von 60!“

Bilanzen beinhalten in Deutschland im Schnitt bis zu 50% Außenstände. Vertrauen Sie Ihre ausstehenden Forderungen deshalb einem Unternehmen mit langjähriger Erfahrung an: Vom Debitorenmanagement bis zum Inkasso schaffen wir Ihnen die Freiräume, die Sie brauchen, um sich auf Ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. Wie, erläutern wir von EOS Ihnen gerne: Vom Informations- über das Liquiditäts- bis zum Forderungsmanagement entwickeln wir individuelle Lösungen für Ihr Unternehmen. Weitere Informationen unter 0800-367 0 367 oder www.eos-solutions.com

Your partner for financial solutions

Wasserschutzpolizeirevier 4 in Cuxhaven im neuen Dienstgebäude?

Das Wasserschutzpolizeirevier 4 hat seinen Standort etwa 100 Kilometer außerhalb der hamburgischen Landesgrenze auf niedersächsischem Territorium in der Stadt Cuxhaven. Das Reviergebäude ist am Lentzkai direkt am Amerikahafen gelegen. Zurzeit versehen 35 Beamte ihren Dienst in Cuxhaven.

Der Zuständigkeitsbereich des WSPR 4 erstreckt sich von der östlichen Reviergrenze – Verbindungslinie der Elbfahrwassertonnen 63 und 64 – bei Sankt Margarethen bis etwa zur Elbansteuerungstonne „Elbe“ – früher die Position des Feuerschiffes „Elbe 1“. Der zu betreuende Stromabschnitt hat eine Länge von ca. 58 Seemeilen (105 Kilometer) und eine Breite bis zu mehreren Kilometern. Die hamburgische Zuständigkeit und damit die Zuständigkeit der Hamburger WSP resultiert aus dem Elbe-Vertrag zwischen den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg. Unmittelbar vor der Cuxhavener Küste, inmitten des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer, liegen die Inseln Neuwerk, Scharhörn und Nigehörn. Wie schon der Name „Hamburgisches Wattenmeer“ verrät, gehören diese Inseln zur Freien und Hansestadt Hamburg. Verwaltungsrechtlich gehört die bewohnte Insel Neuwerk zum Bezirksamt Hamburg-Mitte. Die Dienststelle WSPR 4 ist auf der Insel Neuwerk sowie im umliegenden Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer polizeilich originär zuständig. In den touristisch stark frequentierten Sommermonaten werden dort an bestimmten Wochenenden Beamte des WSPR 4 zur Betreuung der Sommergäste eingesetzt. Die Lage der Dienststelle in Cuxhaven ist einsatztaktisch günstig. Mit dem seegehenden Streifenboot der „WS 1 – Bürgermeister Brauer“ ist die östliche Zuständigkeitsgrenze in ca. einer Stunde und die westliche in ca. zwei Stunden erreichbar. Das derzeitige Dienstgebäude am

Lentzkai ist mittlerweile in die Jahre gekommen und weist teilweise erhebliche Mängel auf. Doch es könnte sich bald etwas ändern. In unmittelbarer Nähe sind Büroräume frei geworden, die als neues Dienstgebäude durchaus geeignet sind. Bei Redaktionsschluss lag der unterschriftsreife Mietvertrag LPV/L vor. Den Kollegen in Cuxhaven bleibt zu wünschen, dass sie bald ihre neuen Diensträume beziehen können.

*Frank-Rüdiger Seeger
Fachgruppe WS*



Nun ist die Entscheidung der Polizeiführung gefordert: mögliche neue Räume für das WSPK 4.

Wer fährt wo?



Reinhard Paltian vom FHÖV zum WSPK 20
André Bertram vom WSPK 20 zur LPS
Jürgen Blanck von LPS zum WSPK 30
Manfred Roß vom WSPK 30 zur WSP 020
Sigmund Rehfeldt von WSP 01 zum WSPK 2
Götz von Elbe vom WSPK 1 zur WSP 01
Willi Zbikowski von WSP 01 zum WSPK 3
Lutz Schölermann von WSP 021 zur WSP 01
Mario Strunk vom WSPK 1 zur WSP 021
Claus-H. Wulff von WSP 021 zur LPS
(Polizeimuseum)

René Fach vom WSPK 3 zum WSPR 4
Tanja Lipicar von WSP 22 zur WSP 032
Friedrich Groh vom WSPK 3 zur WSP 21
Helmut Heyden von WSP 033 zur LPV 61
Marco Lewerenz von LPS zur WSP 22
Rick Herzog von LPS zur WSP 22
Kai Jaworski von LPS zur WSP 22
Sarah Krefft von FHÖV zur WSP 22
Stefan Mehring von FHÖV zur WSP 22
Dirk Martin von FHÖV zur WSP 22
Christian Scholz von FHÖV zur WSP 22
Matthias Ziegler von FHÖV zur WSP 22

FACHGRUPPE SENIOREN

Infos für Senioren

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sommerpause ist zu Ende und ich melde mich zurück, auch zu unseren monatlichen Treffen. Streik und Fußballweltmeisterschaft sind vorbei, aber es muss noch verhandelt werden, wie sich der Tarifabschluss auf Beamte und Versorgungsempfänger umsetzen lässt.

Dies geschieht heute nicht mehr bundeseinheitlich, sondern in den einzelnen Bundesländern. Daran müssen sich alle erst einmal gewöhnen, auch unser Landesvorstand. Bundesvorstand und Landesvorstand müssen Wege finden, in denen erreicht werden kann, dass es nicht binnen kurzer Zeit in Bund und Ländern 17 verschiedene Tarifabschlüsse, Besoldungstabellen, Zuschlagsregelungen und Arbeitszeiten für die Beschäftigten und Beamten gibt. Hier ist die Gewerkschaft gefor-

dert, bundesweit Einigkeit herzustellen, um keine Konkurrenzsituation entstehen zu lassen. Um dies vorzubereiten, war ich für den Landesbezirk Hamburg in eine Kommission entsandt, die für den Bundesvorstand ein Informationsmodell entwickelt hat. Ich werde darüber in den kommenden Zusammenkünften berichten.

In der Sommerpause hatte die GdP für ihre Senioren eine Gratis-Schiffsfahrt auf der Elbe bereitgestellt, weil wir in den vor-

ausgegangenen Zeiten (Streik, Personalratswahlkampf und Fußballweltmeisterschaft) die GdP in vielen Bereichen unterstützt haben.

Am 10. August 2006 trafen sich 98 Mitglieder an den Landungsbrücken und fuhren mit der „Hammonia“ der Abich-Reederei drei Stunden, mit „He Lücht“ an der Küste (Altona, Othmarschen, Nienstedten, Blankenese bis kurz hinter Rissen) und zurück an der Südseite vorbei am Airbus-Gelände, durch den Containerhafen unter der Köhlbrandbrücke durch und durch weitere Hafenanlagen.

An Bord gab es Essen und Getränke – jedoch auf eigene Kosten.

Ich habe für die Gewerkschaft den Dank der Teilnehmer/-innen

entgegennehmen können. Klagen gab es nicht.

Hinweisen möchte ich auch auf das Fest der GdP

„Grünes Licht für gute Laune“
am 4. November 2006 im Elysee-Hotel Rothenbaumchaussee, Beginn: 20.00 Uhr, Einlass: 19.30 Uhr, Kosten: 30,- € (einschl. Büfett und Tombola).

Anmeldungen bitte bei Kollegin Beese, Polizeisozialwerk, Tel.: 28 08 96-15.

**Euer
Hans-Hermann Fritsche**

Mitglieder- versammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für unsere erste Mitgliederversammlung nach der Sommerpause habe ich mich auf Wunsch einiger Kollegen mit dem Thema „Altersdemenz“ befasst. Es ist mir gelungen, über die Organisation „Hamburgische Brücke“ (Beratungsstelle für ältere Menschen) eine kompetente Dame für unsere Veranstaltung zu gewinnen.

Frau Völker wird uns einen Überblick über den Beginn und stufenweisen Fortgang der Altersdemenz sowie Hinweise, wie man mit den Betroffenen umgeht,

geben. Termin ist – wie gewohnt – der zweite Dienstag im Monat,

am 10. Oktober 2006, um 15.00 Uhr im Personalrestaurant des Polizeipräsidiums in Alsterdorf.

Hans-Hermann Fritsche

Nikolaus- Preisskat

Wie seit 1985 – diesmal ist es der 35. Preisskat – wollen wir uns wieder im Personalrestaurant des Polizeipräsidiums treffen.

Wie die Nachfragen gezeigt haben, ist das Interesse wieder groß, weil es neben dem Spiel auch wieder ein Treffen zwischen Alt und Jung wird, bei dem Gedanken ausgetauscht werden können, die Älteren ihre Erfahrungen an die Jüngeren weitergeben, aber auch die Jüngeren den Älteren einige Neuerungen erklären können. Wichtig war es auch immer wieder, dass unsere Pensionäre erfahren können, was aus ihren alten Dienststellen geworden ist, bzw. welche neue Bezeichnung sie haben.

Für diesen Preisskat wird es wieder eine unterschiedliche Preisgestaltung geben, also neben Fleischspeisen auch Elektrogeräte und anderes. Nur die Regeln werden sich nicht ändern. Ich hoffe auf rege Beteiligung am

**Mittwoch,
dem 6. Dezember
2006,
Spielbeginn: 16.30 Uhr,
Spielort: Personal-
restaurant des Polizei-
präsidiums,
Anmeldeschluss:
4. Dezember 2006.**

Anmeldungen bitte in der GdP-Geschäftsstelle bei Kollegin Karin Hopp, Tel.: 28 08 96-17.

Dieter Köster

70. Geburtstag

6. Oktober 2006
Wilfried Strauer

80. Geburtstag

9. Oktober 2006
Gerhard Fraude
27. Oktober 2006
Sonja Wiese
28. Oktober 2006
Inge Hippler

85. Geburtstag

1. Oktober 2006
Irene Rullmann
Irmgard Schmersahl
20. Oktober 2006
Ilse Bremer
23. Oktober 2006
Hans Ohletz
27. Oktober 2006
Margarete Weinrich
30. Oktober 2006
Hans Wegmann

86. Geburtstag

19. Oktober 2006
Senta Weigelt
24. Oktober 2006
Rosa König

87. Geburtstag

3. Oktober 2006
Margarete Kanzenbach
4. Oktober 2006
Hildegard Hammermeister
28. Oktober 2006
Gerda Claus
Hildegard Ebell
29. Oktober 2006
Helmut Gerstenberg

88. Geburtstag

3. Oktober 2006
Ursula Dierks
19. Oktober 2006
Ursula Köhler
26. Oktober 2006
Ilse Mense
30. Oktober 2006
Hubertus Stora

89. Geburtstag

20. Oktober 2006
Wilhelm Hahn

90. Geburtstag

25. Oktober 2006
Karl-Heinz Antholz

91. Geburtstag

15. Oktober 2006
Olga Greve
26. Oktober 2006
Johanna Schlichting

92. Geburtstag

19. Oktober 2006
Werner Hopp

25. Oktober 2006
Käthe Hemmerling

93. Geburtstag

7. Oktober 2006
Fritz Naujok
14. Oktober 2006
Elsa Hauswald
15. Oktober 2006
Hans Krummreich
30. Oktober 2006
Hubert Schur

94. Geburtstag

29. Oktober 2006
Adolf Schröder

95. Geburtstag

29. Oktober 2006
Ella Bange

25-j. Dienstjubiläum

1. September 2006
Jens Hækker Ang. LBV 531

wohlverdienten Ruhestand

31. Oktober 2006
Horst Kruse Ang. LPV 442
Rolf-Werner Kietzmann
POK PK 33
Michael Schmidt POK PK 41
Frank Weide PHK LPS 3012
Jörg Biehl KHK PK 222

LANDESBEZIRKSVORSTAND

„Ekki“ im Ruhestand

Ekkehard Hübner, der lange Jahre engagiert für die GdP gewirkt hat, ist in den Ruhestand gegangen.

Im Rahmen einer kleinen Feier in der Geschäftsstelle der GdP dankte André Bunkowsky für die intensive und konstruktive Arbeit für die GdP Hamburg.

Wir wünschen für den nächsten Lebensabschnitt viele Ideen und gute Gesundheit.

Der Landesbezirksvorstand



Vielen Dank, Ekki!

Anzeige

**Gut beraten
im Trauerfall**

Tag + Nacht

GBI

Großhamburger
Bestattungsinstitut rV
Fuhlsbüttler Straße 735
22337 Hamburg
www.gbi-hamburg.de

☎ (040)24 84 00

STERBEFÄLLE

22. Juli 2006
Ludwig Stüven
PHW i. R. (98)

3. August 2006
Anni Wingenter
Witwe (87)

7. August 2006
Elsa Bleihauer
Witwe (92)

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.